

Beteiligung der Kommunalpolitik im Strukturwandel stärken

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Sämtliche Fraktionen und Einzelabgeordnete der LINKEN wirken durch Anträge darauf hin, dass alle Vorhaben der jeweiligen Gebietskörperschaft im Strukturwandel vor Einreichung bei der Wirtschaftsregion Lausitz in den Ausschüssen bzw. im Kommunalparlament diskutiert und abgestimmt werden. Dabei berufen wir uns auf die geltenden Beschlüsse aus dem Bund-Länder-Koordinierungsgremium vom 6. Juli 2022.

Begründung:

Der laufende Strukturwandel ist eine große Chance, unsere Region wirtschaftlich, sozial und auch kulturell auf neue bzw. breitere Füße zu stellen. Der beschlossene planmäßige Kohleausstieg bis spätestens 2038 (Kohleausstiegsgesetz) und die bereitgestellten Mittel durch den Bund (Strukturstärkungsgesetz) sind ein guter Rahmen, damit das ambitionierte Vorhaben ohne Strukturbrüche gelingen kann.

Allerdings sind viele der bereits beschlossenen kommunalen Projekte der Bevölkerung nahezu unbekannt. Das liegt u.a. daran, dass es die jeweiligen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister allein entscheiden, ob vor Einreichung eine öffentliche Debatte im Kommunalparlament stattfindet. Damit muss Schluss sein! Dies hat auch der Bund erkannt und folgenden Antrag durchsetzen können.

Im Bund-Länder-Koordinierungsgremium wurden am 6. Juli 2022 u.a. folgender Beschluss gefasst.

4. Stärkung der Akzeptanz der Strukturstärkungsmaßnahmen

4.1. Partizipation der Bürgerinnen und Bürger vor Ort

Die Einbeziehung der BürgerInnen steigert deren Akzeptanz für die Transformation der Reviere. Um dies zu ermöglichen, arbeiten die Länder schon heute daran, Partizipation sicherzustellen. Die Länder verstetigen bzw. verstärken diesen Einsatz, indem sie:

- ...
- Demokratische Teilhabe anregen: Wesentliche Aspekte der Partizipation finden in den Kommunen statt. Deshalb wirken die Länder darauf hin, dass etwa kommunale Parlamente rechtzeitig in die Planung von Projekten in ihrer Gebietskörperschaft einbezogen werden. So kann demokratisch legitimiert BürgerInnenbeteiligung stattfinden, ohne Doppelstrukturen zu schaffen.

DIE LINKE sollte diesen Ball aufnehmen und für die Umsetzung dieser richtungsweisenden Beschlüsse in den Lausitzer Gebietskörperschaften kämpfen. Dazu gehören für uns öffentliche Beratungen der jeweiligen Ausschüsse und Kommunalparlamente.